

# Stettiner Zeitung.

Mittwoch, 14. Februar 1894.

Auffnahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Grahmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.  
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mrk.  
vierstehjährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitionen über deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neuanen 30 Pf.

## Das Bomben-Attentat in Paris.

Paris, 13. Februar.

Bei dem Attentat in dem Café des Terminus-Hotels wurden 12 Personen, darunter 3 Kellner, verwundet. Die Verletzungen befinden sich zum größten Theil an den Beinen und sind bei mehreren sehr ernster Art. Der Materialschaden ist dagegen nicht bedeutend. Nur die Decke zeigt die Spuren des Geschosses und Fensterläden und Tische sind zerstört. — In dem Augenblick der Explosion entstand eine unbeschreibliche Panik. Von allen Seiten erklangen Schreie. Die Gäste stürzten nach den Ausgängen, einige zerrissenen die Scheiben, um zu entkommen. Die Bombe, welche die Form einer Sardinenbüchse hatte und mit Kugeln, Nageln und chloroformhaltigem Kalium gefüllt war, bewirkte eine starke Detonation. Das ganze Café füllte sich mit dichtem Rauch, was die Panik noch vermehrte. Die Verletzten sind alle Pariser. Der Attentäter erklärte nach seiner Verhaftung, er heiße Breton, sei 30 Jahre alt und Anarchist. Der Minister des Innern Radikal und der Justizminister Dubost begaben sich alsbald nach dem Tatort. Das Café ist politisch besetzt. Die Nachricht von dem Attentat, die sich noch am Abend des gestrigen Tages in Paris verbreitete, rief eine allgemeine Erregung hervor. Zahlreiche Delegierte eilten nach dem Terminus-Hotel. Eine große Menge steht an den Zugängen des Bahnhofs Saint-Lazare.

Das Café im Terminus-Hotel war zu der Zeit des Attentats gut besucht. Das Orchester spielte gerade, als die Bombe von dem rechten Eingang aus in die Mitte des Cafés geschleudert wurde. Die Bombe schlug in der Nähe des Orchesters auf einen Tisch auf, welcher vollständig zerstört wurde. Von anderer Seite wird behauptet, die Bombe sei vom Abglockath und Zimmermann soll Grund zur Entlassung gegeben haben. Nun war ja meiner Ansicht nach jenes Flugblatt nicht schön, aber die Verbreitung desselben war doch nicht ungesehlich! Wahrheitsgetreue Berichte über Reichstagreden dürfen verfassungsgemäß strafrechtlich verboten werden. Es liegen also unweigerlich unhaltbare Zeugnisse vor. Die Unzufriedenheit der Assistenten ist ja auch nicht eine bloß finanzielle, sondern durch die ganze Stellung dieser Beamtenklasse hervorgerufen. Deshalb wünscht meine Resolution vor Allem Gleichstellung aller Assistenten mit den Militäramtärtern in Bezug auf Zulassung zum Sekretär-Examen. Es befinden sich unter den Assistenten eine ganze Reihe, welche ebenso gut eine allgemeine wissenschaftliche Bildung aufzuweisen haben, wie Leute, die das Führer-Examen gemacht oder die Prima einer höheren Schule durchgemacht haben. Dadurch, daß man — im Gegenseite zu anderen Verwaltungen — den Assistenten im Postfach die Zulassung zum Sekretär-Examen verweilt, prinzipiell verweilt, duldet man den ganzen Stand verab. Auch die feste Anstellung der Assistenten läßt zu lange auf sich warten. Auf den Assistenten lastet eine große Verantwortlichkeit, es geht viel Geld durch ihre Hände. Um so eher sollte man die Ursachen berechtigter Unzufriedenheit — und nur diese allein hat den Verband geschaffen — beseitigen. Meine Resolution geht aus meiner eigenen Initiative hervor. Nehmen Sie sie an, so steht die Postverwaltung nicht einer Agitation der Assistenten, sondern einem Wunsche des Reichstages gegenüber, steht also in ihren Einfühlungen viel freier da! Wie ein guter Wille vorhanden ist, findet sich auch eine Verständigung, welche dem Frieden dient, indem sie berechtigten Interessen gerecht wird. Nehmen Sie daher die Resolution an! (Beifall.)

Der Direktor Fischer erklärte der Attentäter, er heiße Le Breton. Zu dem Arzte, der ihn verband, äußerte er, er habe Baillant rächen wollen; weitere Attentate würden folgen, um die bürgerliche Gesellschaft zu vernichten. Dem Staatsanwalt gelang es bisher nicht, Weiters zu ermitteln.

Die Zahl der bei dem anarchistischen Attentat verletzten Personen soll sich auf 21 belaufen. Le Breton leugnet, der Urheber des Attentats zu sein, bekannte sich aber offen zum Anarchismus. Unter den durch die Revolverschüsse verwundeten Personen befand sich eine Dame Namens Emmanuel, welche in ihm den Thäter bestimmt wieder erkannt. Man glaubt, daß Le Breton Mitleid habe. Einige verdächtige Individuen wurden auf dem Bahnhof verhaftet. Le Breton spricht fließend englisch und französisch.

Le Breton giebt an, als Marcellus zu stammten und leugnet beharrlich, der Urheber des Attentats zu sein. Er ist nach dem Gewahrsam der Polizeipräfektur überführt. Man glaubt nicht, daß er zu den bekannten Anarchisten gehört. Der Zustand der drei Schwerverletzten ist befürchtungsvoll, denn die Anderen sind nur ganz leicht verletzt. In Folge der Explosion haben die meisten im Terminus-Hotel wohnenden Reisenden das Hotel verlassen.

Es verlautet noch, daß der Thäter Breton zwar formell als verdächtig festgesetzt worden ist, welcher die Bombe geworfen hat, daß dieselbe aber vorläufig noch leugnet. Man vermutet, daß er erst eben von London nach hier zurückgekehrt ist. Die von ihm geworfene Bombe war mit grünem Pulver gefüllt und mit Blei, Zink- und Kupfersplittern geladen. Da die Explosion erst erfolgte, nachdem die Bombe auf dem Boden lag, sind die Verwundeten meist an den Beinen verletzt worden. Außer dem durch Revolverschüsse verwundeten Polizisten haben zwei Gäste des Cafés sehr schwere, 10 minder schwere, 15 leichte Verletzungen davongetragen. Der Thäter ist noch nichts dem Untersuchungs-Gefängnis zugeführt worden. Sämtliche Blätter seien in dem Attentat die Nächte der Anarchisten für die Hinrichtung Baillants und fordern schwere Bestrafung der Schuldigen.

Die Presse ist einmütig im Ausdruck ihrer Empörung über das neuerliche Attentat. Die republikanischen Blätter betonen die Notwendigkeit, jetzt unbarmherzig gegen die Anarchisten vorzugehen. Die gemäßigten Blätter verlangen neue Gesetze gegen dieselben.

E. L. Berlin, 13. Februar.

## Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 13. Februar.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Die Berathung des Poststaats wird fortgesetzt bei dem Kapitel zum Titel „Oberpost- und Post-Assistenten“.

Abg. Bebel (Szb.) berichtet vor Eintritt in die Tagesordnung eine neutrale Neuerung von ihm selbst dahin, daß nicht in Hamburg, sondern in einem benachbarten Hafenorte Staatsbeamte im öffentlichen Dienste verkehrt hätten.

Zur Tagesordnung ergreift zunächst das Wort.

Abg. Größer (Btr.): Ich habe das Resultat der bisherigen Verhandlungen über die Postassistenten in eine Resolution zusammengefaßt, in welcher ich beantrage, den Herrn Reichstagsanzler um eine Billigung der Frage zu ersuchen, inwiefern die dienstliche Stellung der Assistenten verbessert werden kann, insbesondere hinsichtlich beziehender definitiver Anstellung und betreffs Zulassung zum Sekretär-Examen. Ich bedauere es, daß die Verwaltung überhaupt bei den Beamten incertum läßt, welche von ihnen dem Assistenten-

## Morgen-Ausgabe.

verbände annehmen. Fast noch mehr bedauere ich es freilich, daß einzelne Beamte die ihnen abgesetzte Erklärung hierüber verweigert haben. Wer für Hebung seiner Stellung thätig ist, muß auch ein gewissem Risiko auf sich nehmen. Bezeichnlich aber ist die Verweigerung des Aussageseitens junger Beamten allerdings, und zwar wegen des Verhaltens der Verwaltung. Hat doch einige Wochen nach den vorjährigen Verhandlungen hier die Postdirektion in Oberhausen ein Rundschreiben erlassen, in dem die Assistenten vor dem Eintritt in den Verband gewarnt werden und zugleich zu der Erklärung, ob sie Mitglieder des Verbandes seien, aufgefordert werden. „Wer, so hier, es in dem Rundschreiben, eine Erklärung darüber verweigern würde, werde als Mitglied des Verbandes angesehen werden.“ Ein solches Kontumazverfahren kann ich auf keinen Fall als richtig ansehen. So weit sind wir hier doch noch nicht, daß wir wirklich glauben könnten, es seien keine Strafverfolgungen wegen Zugehörigkeit zum Verband vorgesehenen. Auch die Zugehörigkeit zum Verband gewarnt werden.

Bei dem Titel „Telegraphistinnen“ befürchtet Abg. Bebel die Lage dieser, hauptsächlich im Telephondienst beschäftigten weiblichen Beamten. Die Unannehmlichkeiten dieses Dienstes seien diesbezüglich Natur. Dabei sei ihr Gehalt erheblich geringer, als das der männlichen Beamten. Auch in Bezug auf Urlaub seien sie zurückgestellt, sowohl gerade sie dessen in erhöhtem Maße bedürftig seien. Weshalb werde den Damen der Urlaub verweigert?

Direktor Fischer erwidert, daß der Gehalt dieser Damen, das anfänglich 900 Mark betragen habe, sei in diesem Etat bereits auf 1500 Mark gestiegen. Es sei auch nicht richtig, daß diese weiblichen Beamten prinzipiell anders behandelt würden, als die männlichen. Thatsächlich sei ja auch ihr Dienst ein anstrengender. Über das Beschäftigung weiblicher Beamten überaupt ist jüngster Datum sei, während dieselben natürlich so behandelt, wie alle Amtssänger im Dienste. Bei längerer Dauer ihrer Beschäftigung würden sie wahrscheinlich ebenso behandelt werden, wie die Dienstälter männlichen.

Mit nochmaliger Bemerkung Bebels, daß bei anerkannt so anstrengendem Dienste den Damen doch Urlaub gewährt werden müsse, schließt diese Debatte.

Bei dem Titel „Postunterbeamten“ führt Abg. Dr. Schulz (Szb.) Beschwerde darüber, daß diejenigen Beamten für den anstrengenden Nachtdienst, der von jedem Privatunternehmer höher bezahlt wird, als die Tagarbeit, eine besondere Entschädigung nicht gewährt wird, obwohl in Folge des Nachtdienstes mancherlei besondere Auswendungen für die Beamten nötig werden. Jeder Unterbeamte ist verpflichtet, auf Verlangen seines Vorgesetzten Überstunden zu arbeiten und die Inspektoren sind angewiesen, darauf zu achten, daß nicht zu wenig Stunden gearbeitet werden. Von einzelnen Beamten wird darüber gefragt, daß sie in Folge dienstlicher Überanstrenzung nicht im Stande sind, den Gottesdienst zu besuchen. Was mit die Sozialreform, wenn nicht einmal die Postbeamten davon Nutzen haben!

Abg. Singer (Szb.): Bei den Postämtern dritter Klasse sind die Gehälter niedriger als bei anderen Postämtern; auch in Bezug auf die Kleiderostenverträge sollen die Beamten der Postämter dritter Klasse ungünstiger gehandelt sein als andere. Auch die Militäramtärter-Verzweigungen sind für die ans dem Zivilstande hervorgehenden Beamten sehr nachtheilig und sachlich auch nicht berechtigt. Auch wäre es wichtig, zu erfahren, wieviel Unterbeamte seit angestellt sind.

Direktor Fischer bestreitet die Nichtigkeit der Angaben des Abg. Dr. Schulz. Die Inspektoren sind darauf anzuweisen, über die Beschäftigung der Unterbeamten dahin zu wachen, daß diese nicht überlastet werden. Die Behandlung der Militäramtärter ist die gleiche; von beiden wird vor der Aufstellung eine fünfjährige Dienstzeit verlangt, von jenen eine militärische, von diesen eine Zivil-Dienstzeit. Ohne Grund entläßt die Postverwaltung keinen Beamten. Sie liegt überwiegend eine schriftliche Erklärung von Beamten vor, die sich entschieden verweigern dagegen, daß die Sozialdemokraten sich als Vertreter der Postbeamten geraten.

Abg. Dr. Schulz (Szb.): Dies eine Schreiben scheint dem Herrn Oberpost-Direktor sehr wichtig zu sein. Die Unterbeamten sind schlecht gefestelt, die Herren rechts haben mit ihrem eigenen Ratschlage genug zu thun; da müssen wir uns doch der Rats der Leute annehmen.

Abg. v. Karow (fr.): Bei einer Zahl von 140 000 Unterbeamten ist es ein Zeichen dafür, daß die Leute zufrießen sind, wenn nicht mehr Beschwerden kommen, als wir hier hören.

Abg. Lenzenmann (fr. Bz.): Der Lohn von 18 Mrk. täglich, den die Landbriefträger bekommen, ist viel zu gering; dafür arbeitet bei uns im Westen nicht einmal ein arbeitsloser Bagabond.

Bei Bertheilung von Gratifikationen kommen sie gewöhnlich auch sehr kurz weg. Von einem beinahe 80jährigen Landbriefträger ist mir mitgetheilt, daß man ihm an Stelle einer erbetenen Lohnverhöhung ein Darlehen aus der Postbeamten-Darlehenstufe zu sechs Prozent Zinsen anbot. Auch in der Bekleidung sollte man rücksichtsvoller vorgehen; ihnen im Sommer eine leichte, im Winter eine wärme Kleidung geben. Die versprochene Gehaltsverhöhung hat man diesen Beamten, die man als Post-Proletarier bezeichnen kann, noch immer nicht gewährt.

Ober-Postdirektor Dr. Fischer nimmt die Landbriefträger gegen die Bezeichnung „Postproletarier“ in Schuß. Eine Gehaltsverhöhung konnte nicht erfolgen, weil sie erst kürzlich aufgezeigt ist.

Abg. Lenzenmann fragt, ob es wahr ist, daß die Landbriefträger angewiesen sind, auf eigene Kosten einen wohlen Oede zu beschaffen, um die von ihnen befreiten Pakete gegen Rüste zu schützen.

Eine Antwort hierauf erfolgt nicht. Der Titel „Unterbeamte“ wird bewilligt.

Bei dem Titel „Stellenzulagen“ führt der Abg. Dr. Förster (Antifem.) Beschwerde über mangelhafte Berücksichtigung einzelner Beamtenkategorien und namentlich der Unterbeamten bei der Billigung von Stellenzulagen. Es wäre am besten, die Stellenzulagen ganz aufzuheben, oder sie lediglich von der Person eines bestimmten Beamten unabhängig zu machen.

Regierungs-Commissioner Sch.-Rath Wittkow erwirkt, daß bei den Stellenzulagen eine besondere Berücksichtigung bestimmter Personen nicht stattfindet. Gewisse Unzutrefflichkeiten lassen sich bei den Stellenzulagen nicht vermeiden.

Der Titel wird bewilligt.

Bei dem Titel „zu Erweiterungsbauten 703 600 Mark“ hat die Kommission 70 400 Mark für den Grundstückserwerb zu einem Postgebäude in Wiesbaden getragen.

Postdirektor Fischer bittet, die gestrichene Position zu bewilligen; es sei ein Neubau in Wiesbaden dringend nötig.

Abg. Geßler (fr.): bestreitet dies.

Das heutige Posthaus sei auf gelegen, auch

hunten die im Postgebäude vorhandenen Wohnräume zu Bureau verwendet werden, wenn ein Postdirektor andere Wohnräume beschafft werden, was nicht schwer sein dürfte.

Der Besluß der Budgetkommission wird angenommen.

Bei dem Titel: „Vergütungen an auswärtsige Post- und Telegraphenbehörden, sowie an Eisenbahnen, Dampfschiffen und Telegraphen-Unternehmungen 6 450 000 Mark“ willigt

Abg. v. Reibnig (fr. Bz.) nähere Spezifizierung des Titels.

Der Referent macht Mitteilung von einigen Zahlengruppen, die in der Kommission angegeben worden sind.

Abg. Müller (fr. Bz.): beantragt die Zurückverweisung des Titels an die Budgetkommission, um das verdächtige Schweigen der Postverwaltung über die Einzelheiten des Titels zu brechen.

Staatssekretär Dr. v. Stephan wandert sich über die Ausregung des Vorredners. Es sei eine neue Kabelverbindung nach Ostafrika und Westafrika geschaffen, die Kosten für erstes waren 102 000, für letzteres 136 000 Mark. Der Verschwendungsverlust war von Anfang an ein reger und ist in erster Linie Fortgang begriffen. Ohne Kabel können keine Kolonien regieren. Überhaupt bin ich auch zu näherer Auskunft in der Kommission bereit, wenn die Herren wissen möchten.

Abg. Schmid-Ebersfeld (fr. Bz.): meint, daß die Verhandlungen gefördert werden würden, wenn der Staatssekretär nicht über die Kabelverträge einzelner Abgeordneter wittert. (Sehr richtig! lunt.) Er tritt der Forderung um Zurückverweisung an die Kommission bei.

Staatssekretär Dr. v. Stephan ist zu jeder näheren Auskunft bereit, kann aber nicht einsehen,

dass die Prüfung der einzelnen Rechnungen Sach der Budgetkommission sei; die Debatten über den Projekt haben sich doch ohnehin genug in die Länge gezogen.

Abg. v. Reibnig meint, der Generalpostmeister werde es wohl dem Hause überlassen müssen, wie lange das Haus über solche Dinge debattieren will. Redner bestimmt Zurückverweisung.

Abg. v. Bebel (Szb.): stimmt für Zurückverweisung; die Sache habe schon in der Kommission einen peinlichen Eindruck gemacht und sei hier eher dummier als klarer geworden.

Der Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission wird abgelehnt. Der Titel selbst

ist genehmigt.

Der Rest der dauernden Ausgaben wird nach kurzer Debatte genehmigt.

Hieran vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.

Tages-Ordnung: Anträge Größer und Nickert betr. Änderung des Wahlgesetzes. Antrag Schröder betr. Änderung der Handlungsgebiets.

Schluss 6 Uhr.

**Deutschland.**

△ Berlin, 13. Februar. Gestern fand beim Ministerpräsidenten Grafen Culenburg ein Herrenabend statt, dem der Kaiser beiwohnte.

Der Kaiser hat sein Erchen zugefragt bei einem großen Diner, das am 23. d. M. beim Staatssekretär v. Böttcher stattfindet.

Der in letzter Zeit vielfach genutzte württembergische Gefändre v. Mofer wird der „Kreuzzug“ folgende Mittwoche Februar hier sein Abberufungsverschreben überreichen. Die Befreiung des Postens dürfte nicht vor April erfolgen.

Den Herren Ernst Günther und Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein ist der „Kreuzzug“ folge des Vertrages mit dem Kaiser und dem Herzog von Cumberland erfolgt sei, als unbegründet.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht heute die offizielle Liste der (15) Mitglieder der nächsten zusammenstehenden Währungskommission.

Die „Nat-Ztg.“ meldet, daß es feistehe, daß der Kaiser auf der Reise nach oder auf der Rückfahrt von Wilhelmshaven den Fürsten Bismarck besuchen wird.

Gleichfalls die „Nat-Ztg.“ bezeichnet die Geschichte, wonach eine Regelung der Chronologie in Braunschweig zwischen dem Kaiser und dem Herzog von Cumberland erfolgt sei, als unbegründet.

Der preußische Staatsminister hat gestern dem Antrage auf Aufhebung der Staffelsteuer zugestimmt.

In der Budgetkommission des Reichstags wurden hente bei der Berathung des Militärdienstes religiöser Natur in der Armee angeregt durch eine Verteilung des Abg. Lingens (Btr.), der den Mangel an Parität in der Armee bestreite. Es entwickelte sich daraus eine längere Debatte, in der abermals der Abg. Lingens es beklagte, daß die Kabinettsordre Friedrich Wilhelm IV., wonach Offiziere aus der Armee zu entlassen seien, falls sie bei Mischlingen die katholische Erziehung der Kinder geboten, jetzt sehr streng gehandhabt werde. Der Kriegsminister Bismarck hielt in seiner Erwiderung an der Ansicht fest, daß es eines Offiziers unvölkig sei, wenn er eine Ehe mit einem katholischen Mädchen eingegangen, das Gelöbnis katholischer Kindererziehung zu leisten, namentlich dann, wenn die Heirat eines evangelischen Offiziers mit einem reichen katholischen Mädchen nur unter dieser Bedingung zu Stande kommt. Während einige konfessionelle Kommissionsmitglieder den Standpunkt des Ministers billigten, glaubten die Zentrumssredner auf der Ansicht des Abg



## Eisenbahn-Direktions-Bezirk Bromberg.

Die Lieferung nachstehender Materialien soll verhindern werden:

1. Abfertigungsstermin am 28. Februar d. J. Vormittags 11 Uhr, für 130 000 f. Böhlen, 218 qm rohbaudene Böhlen, 45 qm Holzbaum, 140 Stück eisene Büffertüren, 16 cbm Mahagoniholz, 800 m breite Holzdecke und 29 000 Schufel Holzkohlen.
2. Abfertigungsstermin am 1. März d. J. Vormittags 11 Uhr, 20 000 kg Bleiweiß, 2900 kg Bleiglätte, 5400 kg Bleimennige, 10 000 kg Caput mortuum, 2000 kg Oder, 100 kg dunkles Chromgelb, 4400 kg Umbra, 2500 kg Weißer und 1500 kg gewöhnlicher Bimsstein, 1700 kg Kreuzkunst, 700 kg Borax, 320 kg blaues Kali, 600 kg Leim, 300 kg Salnat in Stücken, 200 kg Schleifat, 17 000 kg Schlemmtreide, 800 Stück Schwämme, 10 000 kg calcinerte Soda, 600 kg Eisenkugeln, 2400 kg Steatit, 7000 kg Leinöl, 4500 kg Terpene, kohl und 700 Buch Blattgold.

Angabe sind jähr jeden Termin besonders an das Materialien-Bureau der Königlichen Eisenbahndirektion zu Bromberg frei und versiegelt eingetragen. Bedingungen sind auf den Börsen zu Berlin, Köln, Stettin, Breslau, Danzig, Königsberg i. Pr., sowie in den Geschäftszimmern unserer Hauptwerkstätten ausgetragen, werden and von uns gegen Einwendung von je 60 Pf. frei überlässt.

Zuschlag auf 1 schwärt am 14. März, zu 2 am 22. März 1894. Bromberg, den 4. Februar 1894.

Materialien-Bureau.

## Bekanntmachung.

Grabow a. D., den 12. Februar 1894. Zur Verpackung des Rechts der Marktfandsabrechnung auf den Wochentagsplänen an der Gleise und Längenstrasse unter der Neuen und Längenstrasse resp. Längenstrasse 80 und an der Neuen und Längenstrasse hierfür für das Jahr vom 1. April 1894 bis dahin 1895 steht am Montag, den 19. Februar d. J. Vormittags von 10—12 Uhr,

im Rathaus, Münzstraße 19, part. Termine an. Nachbedingungen und Tarif können daselbst in den Dienststunden vorher eingesehen werden.

Auktionärsfähige Bieter werden eingeladen.

Der Magistrat.

**Pferde-Verkauf.**  
Am Sonnabend, den 17. Febr. cr. Mittags 11½ Uhr, sollen auf unserem Depot in Westend-Stettin, Faltenwalderstr. 57, 12 Pferde, darunter mehrere Stuten, öffentlich meistertend gegen Baarzahlung verkauft werden.

Stettiner Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft.

## Genesungsstätten für unbemittelte Lungengranke.

Der unterzeichnete Vereinsvorstand sieht sich veranlaßt, hierdurch die Sache der Genesungsstätten in Erinnerung zu bringen und zum Eintritt in den Verein wiederholt aufzufordern. Demselben haben sich bisher 120 Mitglieder angegeschlossen; eine weitere Beteiligung ist dringend erwünscht, soll diesem Werke der Nächstenliebe der Erfolg gesichert werden. Die demnächst einzuvernehmen Handverhandlung der Mitglieder wird über das ferne Vorgericht und die praktische Betätigung des Vereins zu beschließen haben. Zuvor möchte der Vorstand Federmann noch recht dringend gebeten haben, bei diesen besten unter den guten Werken mit Hand anlegen. Die Unterzeichneter nehmen Beiträge zur Erhaltung gern entgegen, ertheilen an Wissenschaft und überreden die Säkretarien des Vereins.

San.-Rath Dr. Zenker-Frauendorf,  
San.-Rath Dr. Sauerherr, Direktor Jonas,  
Reg. u. Med. Rath Dr. Katerbau, O. Schiring,  
Dr. med. Freund, Dr. jur. Delbrück jun.,  
Oberarzt Dr. H. Schmid,  
Dr. med. Neumeister in Stettin.  
Direktor F. Jahn-Zillmöller.

# Stettiner Vermietungs-Anzeiger.

## 9 Stuben.

Augustastr. 28 mit Centralheizung z. 1. Apr. König-Albertstr. 25, herrschaftliche Wohnungen jeder Größe, Gas, elektr. Licht, Centralheiz.

## 8 Stuben.

Grabowerstr. 35, 2. Etg., 1. April, a. Pfstd. u. Nem. 7 Stuben.

Kaiser-Wilhelmstr. 4, mit Centralheizung. König-Albertstr. 25, Gas, elektr. L. Central. Moltestr. 13, herrschaftl. Böhm. röhl. Zub. 1. Oktbr. Petrikofstr. 5, part. in gr. Veranda, Gartn. auch Budekstall u. Wagenrem. 1. April. Große Wallstraße 30, 2 Treppen, gegenüber der Südenstraße, eine Wohnung von 7 Stuben, Badekstube, sowie reichlichem Zubehör vom 1. April ab anderweitig zu vermieten. Näheres 1 Tr.

## 6 Stuben.

Augustastr. 58, pt. o. 3. 6. St. u. B. u. B. u. G. Augustastr. 59, 3. Etg., mit Balkon.

Wittmarckstr. 8, 1 Tr., Sonnen, eleg. Gard., Erler, Badekst., r. 1. April, Näh. dafelbst.

Grabowerstr. 6a, 1 Tr., 1. Oktbr. König-Albertstr. 25, Gas, elektr. L. Central. Moltestr. 25, Gas, elektr. L. Central. Moltestr. 2, 2 Tr., 7 Zimmer, a. 1. April.

Moltestr. 2, 2 Tr., nebst Badekst., 1. April. Moltestr. 18, 2 Tr., nebst Badekst., 1. April. Moltestr. 17, 1 Tr., zu erfragen 3 Tr. Wilhelmstr. 17, 1. 4. 9. 2 Etg. Engem. sch. Ausst.

5 Stuben.

Augustastr. 59, part. mit Garten. Bismarckstr. 19, 1. u. 2. Badekst., 1. April.

Birken-Allee 40, mit Badekst., 1. April. Villa Derschingerstraße 4, 1 Tr.

Deutschstr. 14, Sonnenseite, hochwert., mit reidl. Budekst. Gartn. evtl. Budekst. Alte Faltenwalderstr. 11, part. sofort; dafelbst auch Budekst. zu vermieten. Näheres

Elisabethstr. 7 bei Jancke. Hummstr. 10, 1 Tr. Cohn-Zehden.

König-Albertstr. 25, Gas, elektr. L. Central. Kurfürstestr. 3, 1. Etg., Böhm. u. Badekst., Böhm. r. u. reidl. Zub. 1. April.

Alte Faltenwalderstr. 11, part. sofort; dafelbst auch Budekst. zu vermieten. Näheres

Elisabethstr. 34, 2 Tr., in einer Wohnung, u. Badekst., 1. April.

Faltenwalderstr. 28, 1 Tr., herzh. 1. April.

Falkenwalderstr. 30, m. Zubehör, 1. April.

Falkenstr. 86 3. Etg., v. d. Badekst., Ap.

Weitere Vermietungs-Anzeigen.

Friedrichstraße 9.

Hinterh. part. Eine geräumige,

von Stub.,

Licht.

160

Dirckhoff 3, 1 Tr.

Wittmarckstr. 3, 1 Tr.

